



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat der SP-Fraktion: Honorar-Affäre: Weitere Massnahmen sind nötig**
Autor/in: [Kathrin Schweizer](#)
Mitunterzeichnet von: --
Eingereicht am: 16. Januar 2014
Bemerkungen: --
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die kurz vor Weihnachten bekannt gewordene Honorar-Affäre hat das Baselbiet aufgewühlt. Der unrechtmässige Bezug von Honoraren hat das Vertrauen in die Politik erschüttert.

Das Erfreuliche an der Angelegenheit ist, dass die Finanzkontrolle, der Begleitausschuss und die Finanzkommission zusammen mit dem Regierungsrat sofort und angemessen gehandelt haben. Das ganze Dossier wurde an die Staatsanwaltschaft zur Prüfung übergeben. In Zukunft sollen keine Bezüge aus kantonalen Beteiligungen mehr an private Konten ausbezahlt werden. Das genügt aber nicht. Es sind weitere Massnahmen nötig.

Wir fordern den Regierungsrat auf, die folgenden Massnahmen einzuleiten und umzusetzen:

- Untersuchung und Offenlegung der Bezüge aus sämtlichen Mandaten bei kantonalen Beteiligungen.
- Abklärung, ob noch weitere geldwerte Leistungen oder Vergünstigungen in relevantem Umfang an Regierungsräte oder Chefbeamte geflossen sind.
- Sicherstellung, dass nicht nur Honorare, sondern auch Sitzungsgelder und Spesen für Vertretungen bei Beteiligungen nur noch in die Staatskasse fliessen.
- Herstellung von Transparenz bei den kantonalen Beteiligungen über die Ausrichtung von Honoraren, Sitzungsgeldern und Spesen. Diese sind im Beteiligungsbericht und in den Jahresberichten zu publizieren.